



Foto: © J. Rolles

Berliner Erklärung: Das Bündnis von 17 Frauenverbänden zieht Halbzeitbilanz

DR. MED. CHRISTIANE GROSS, M.A.

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, gleiche Bezahlung sowie eine verbindlichere Gleichstellungspolitik: Das waren die zentralen Themen der Berliner Erklärung 2017. Zur Bundestagswahl hatten 17 Frauenverbände, darunter der DÄB, einen Appell an die Politik gerichtet. Zur Halbzeit der Legislaturperiode analysiert das Bündnis, ob es Verbesserungen gab. Hier die Bilanz aus Sicht der Ärztinnen.

Die Zahl von Frauen auf Lehrstühlen und in Chefarztpositionen ist weiterhin bedauernd niedrig. Auch in den Gremien und in den Klinikverwaltungen sind Frauen weiterhin nicht adäquat vertreten. Der DÄB hat unter der Leitung seiner Vizepräsidentin, Prof. Dr. med. Gabriele Kaczmarczyk, im Update der „Medical Women on Top“ gezeigt, dass sich zwar in den Spitzenpositionen etwas verändert, aber nur langsam, zu langsam. Der Anteil der mit Frauen besetzten Lehrstühle in der deutschen Universitätsmedizin hat sich in drei Jahren nur von 10 auf 13 Prozent erhöht.

Beim Jubiläum zu 100 Jahren Frauenwahlrecht hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Recht gesagt, es ginge nicht um eine Quote, es ginge um eine paritätische Beteiligung von Frauen in Spitzenpositionen. Daher passt es gut, dass der DÄB zusammen mit den anderen Initiatorinnen der Berliner Erklärung 2017 nun von den demokratischen Parteien erfahren möchte, was von den Forderungen umgesetzt wurde und wie die Planung ist. Der Eindruck ist durchwachsen.

Wenn in die DAX-Vorstände langsam Bewegung bezüglich einer Quote kommt, scheint dies nur wegen der angekündigten Sanktionen zu funktionieren. Jene Konzerne, die auf freiwilliger Basis an der Quote arbeiten sollten, haben sich mehrheitlich nicht darum geschert. Manche kokettieren sogar mit der Zielgröße Null.

Im Bund warten wir weiter auf ein Paritätsgesetz. Mehr Gewicht für den Paritätsgedanken würde letztendlich auch die Gremien der Körperschaften des öffentlichen Rechts betreffen und mehr Frauen in den Kammern und den Kassenärztlichen Vereinigungen in Spitzenpositionen bringen.

Nach Ansicht der Frauenverbände können gesellschaftliche Herausforderungen wie die digitale Transformation, der Klimaschutz oder die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht gelingen, wenn Frauen nicht in entscheidenden Positionen mitgestalten. Es ist ausreichend bekannt, dass geschlechtergemischte Führungsteams erfolgreicher fungieren und effektiver arbeiten.

Folgende Forderungen der Berliner Erklärung stehen im Koalitionsvertrag:

- Institutionelle Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik, u. a. über eine „ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie“
- Umsetzung dieser Strategie mit einem „Aktionsplan“
- Forderung nach einer Einrichtung für Gleichstellung (unabhängiges Bundesinstitut), welches „sich wissenschaftlich fundiert insbesondere Fragen der gerechten Partizipation von Frauen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft widmet.“

Allerdings hat die Bundesregierung bisher weder eines dieser drei Vorhaben

umgesetzt, noch ist im Entwurf für das Bundeshaushaltsgesetz 2020 hierfür Mitteleinsatz zu erkennen.

Die Berliner Erklärung weist weiterhin auf die Notwendigkeit der Überwindung bestehender Geschlechterstereotype hin, hier sieht sie alle Ebenen des Staates in der Pflicht. Für die Medizin würde es bedeuten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf beide Geschlechter besser zu verteilen und den Karriereknick bei den Ärztinnen zu verringern.

Chancen nur theoretisch

Auch wenn sich familienpolitisch eine Veränderung der Rollenbilder von Müttern und Vätern erkennen lässt: Ohne die Verankerung gleichstellungspolitischer Prozesse im Regierungshandeln und ohne eine effektive ressortübergreifende Gleichstellungspolitik werden Frauen ihre Chancen nicht nutzen können.

Aktuell werden mit den Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern Gesprächstermine vereinbart. Ein Papier, das dabei übergeben werden soll und auf die bisherige Umsetzung der Forderung der Berliner Erklärung eingeht, ist abgestimmt. ◀

Mehr zur Berliner Erklärung unter www.berlinererklaerung.de

Dr. med. Christiane Groß, M.A., Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes e.V.